



Bevölkerungsschutz, psychische Gesundheit und Bildung

5

Harald Karutz

Zusammenfassung

Im folgenden Beitrag wird eindringlich darauf hingewiesen, dass für eine resiliente Gesellschaft v. a. *Bildung* wichtig ist. Die reflexive Auseinandersetzung mit Krisen, Katastrophen und Krieg kommt bislang jedoch zu kurz. Zudem sollte Bildung in einem direkten Zusammenhang mit der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Bevölkerung betrachtet werden. Hier ergeben sich Zusammenhänge und Wechselwirkungen, die im Rahmen einer Zeitenwende auch und gerade im Bereich der Zivilen Verteidigung stärker in den Blick genommen werden sollten. Vor diesem Hintergrund enthält der Beitrag auch eine kritische Betrachtung der aktuellen Situation im deutschen Bildungswesen, und es werden konkrete Fragen zur Ausgestaltung einer gesundheitsförderlichen Bevölkerungsschutzbildung aufgeworfen, die bislang weitgehend unbeantwortet sind.

Voraussetzungen einer resilienten Gesellschaft

Eine krisenfeste, resiliente Gesellschaft entsteht nicht von allein. Für Schutz, Sicherheit, Widerstandskraft und Bewältigungsfähigkeit der Bevölkerung zu sorgen, stellt vielmehr eine hoch komplexe Herausforderung dar, der man nur interdisziplinär – im konstruktiven und einander ergänzenden Zusammenwirken unterschiedlichster Fachkräfte – gerecht werden kann. Die folgenden Ausführungen lenken die Aufmerksamkeit auf einen ausgewählten Teilaspekt, der aus Sicht des Verfassers bislang nicht so wahrgenommen wird, wie es eigentlich wünschenswert wäre: Dabei geht es um die engen Zusammenhänge von Bevölkerungsschutz, psychischer Gesundheit und: Bildung.

Überlegungen zum Status Quo

Mindestens zwei Aspekte sind in der aktuellen Diskussion unterrepräsentiert: Zum einen wird auf Psychosoziales vorrangig dann Bezug genommen, wenn es um die *Bewältigung* eines bereits eingetretenen Schadensereignisses geht. Im Konsensus- und Qualitätssicherungsprozess zur Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) wurde die Möglichkeit einer – wie auch immer gestalteten – *primären Prävention* für die Zielgruppe der Bevölkerung beispielsweise gar nicht erst zum Thema gemacht (BBK, 2012).

Zum anderen ist eine Verknüpfung von Angeboten und Maßnahmen der Psychosozialen Notfallversorgung mit Konzepten zur Förderung psychischer Gesundheit zwar im Bereich der Unterstützungsangebote für Einsatzkräfte zu erkennen: „Einsatznachsorge“ wird z. B. zunehmend als ein Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements verstanden. In Bezug auf die gesamte Bevölkerung fehlt der wünschenswerte Brückenschlag zwischen der PSNV und „health literacy“ (Beerlage et al., 2020) jedoch weiterhin. Dabei ist in den europäischen Gesundheitszielen schon vor vielen Jahren explizit auf die Bedeutung von „Emergency Preparedness and Community Resilience“ hingewiesen worden (WHO, 2018).

Psychische Gesundheit und Bevölkerungsschutz

Individuelle und gesellschaftliche Resilienz erfordert psychische Stabilität; ein angemessener Umgang mit Ängsten, Sorgen und Bedrohungen setzt eine grundsätzliche Belastbarkeit und Stresstoleranz voraus. Stress und psychische Belastungen scheinen aber schon im Alltag deutlich zugenommen zu haben. Bei den Arbeitsausfällen aufgrund psychischer Erkrankungen wird aktuell beispielsweise ein Höchststand verzeichnet; die entsprechenden Fehlzeiten liegen rund 50 % über dem Niveau von vor zehn Jahren. Im Vordergrund stehen dabei Depressionen, Belastungs- und Anpassungsstörungen sowie chronische Erschöpfungszustände (DAK, 2024).

Besonders beunruhigend stellt sich die Situation bei Kindern und Jugendlichen dar: Die Coronavirus-Pandemie hat Auswirkungen nach sich gezogen, die erst jetzt deutlich wahrgenommen werden (Bundesregierung, 2023). Das Wohlbefinden junger Menschen hat auf jeden Fall gelitten. Zwar zeigen neueste Untersuchungen, dass es auch wieder positive Entwicklungstendenzen gibt (Ravensieberer et al., 2023). Dennoch muss man die psychische Situation von Kindern

und Jugendlichen als Besorgnis erregend bezeichnen, zumal auch Kriege, Kriegsgefahren und der Klimawandel mit Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen verbunden sind (Frick et al., 2022; Schnetzer et al., 2024).

Dass diese Befunde im Hinblick auf die Nationale Resilienzstrategie (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022) kaum Beachtung finden, irritiert. Dabei ist die Relevanz für den Bevölkerungsschutz eigentlich unschwer zu erkennen: Menschen, denen es psychisch nicht gut geht, verfügen nicht über die Ressourcen, die erforderlich wären, um weiteren bzw. zusätzlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Sie können auch nur eingeschränkt zur gesellschaftlichen Resilienz beitragen, weil sie ohnehin schon stark beansprucht sind. Und wenn der Alltag bereits so belastend erlebt wird, dass er zu einer Überforderung führt, muss über die Fähigkeit zur Zivilen Verteidigung gar nicht erst gesprochen werden.

Das bedeutet konkret: Wenn wirklich eine krisenfeste, resiliente Gesellschaft entstehen soll, muss die Förderung psychischer Gesundheit eine andere Aufmerksamkeit erhalten als bisher. Vor allem Kinder und Jugendliche – die schließlich die Erwachsenen von morgen sind! – benötigen einerseits bedarfs- und bedürfnisgerechte, niedrigschwellig erreichbare Unterstützungs- und Entlastungsangebote, andererseits aber auch eine Ermutigung und Ermächtigung, sich in gesellschaftliche Diskurse einbringen, sich selbstwirksam erleben und tatkräftig mitwirken zu können. Ohne dies mit zu bedenken, fehlt der Nationalen Resilienzstrategie ein wichtiges Element und wird Zivile Verteidigung kaum eine effektive Wirkung entfalten können.

Bildung und Bevölkerungsschutz

Gerade *Bildung* ist als ein protektiver Faktor zu betrachten, der die gelingende Bewältigung von Unglücksfällen, Krisen, Krieg und Katastrophen begünstigen kann (Brewin et al., 2000). Mit Bedrohlichen und Belastendem, Beängstigendem und Gefährdendem adäquat umzugehen, sollte daher irgendwann einmal *gelernt* worden sein.

Vor diesem Hintergrund erfordert Krisenfestigkeit – über psychische Gesundheit hinaus – vielfältige Kompetenzen, die auf unterschiedlichen Ebenen strukturiert und zusammengefasst werden können. Dabei geht es nicht allein um *Selbsthilfefähigkeit*, sondern sicherlich auch um *Solidaritätsfähigkeit* sowie um *Selbst- und Mitbestimmungsfähigkeit* (Klafki, 2007).

Besonders wichtig ist ein angemessener Umgang mit Risiken, Komplexität und Unsicherheit. Hier wird Ambiguitäts- und Problemlösungsfähigkeit ebenso benötigt wie z. B. Frustrationstoleranz sowie die Fähigkeit zur emotionsbezogenen Selbstregulation. Auch die Fähigkeit, nach verlässlichen Informationen zu recherchieren, Informationen zu bewerten und zu verarbeiten, wird im Hinblick auf „Fake News“ und etwaige Desinformationskampagnen in Zukunft immer bedeutsamer werden.

Studien zur Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung zeichnen jedoch ein unbefriedigendes Bild (Voss, 2021). Nach vielen Jahren des Friedens ist Selbsthilfefähigkeit nur noch rudimentär vorhanden, und auch ein notfall- und krisenbezogenes Wissen und Bewusstsein fehlt (siehe z. B. Lacher et al., 2025). Nicht zuletzt gibt das *allgemeine* Bildungsmonitoring (siehe z. B. Lewalter et al., 2023) Anlass zur Sorge: Übergreifend bedeutsame Kompetenzen – Lese, Schreib- und Rechenfähigkeiten – sind bereits seit mehreren Jahren kontinuierlich gesunken – und selbstverständlich hat auch dies negative Auswirkungen auf den Bevölkerungsschutz. Die Kinder und Jugendlichen, die z. B. in der aktuellen PISA-Studie untersucht worden sind, sind doch gerade diejenigen, die mit den zukünftigen Krisen und Katastrophen zurechtkommen sollen.

Bildung muss also gefördert werden – im Allgemeinen wie auch mit dem speziellen Bezug zum Bevölkerungsschutz. Dabei darf es aber nicht nur um die Vermittlung einzelner, isolierter Fähigkeiten gehen. Bildend ist nicht – zugespitzt formuliert: Zu vermitteln, wie viele Konservendosen im Keller zu stehen haben und welcher Handgriff in welcher Weise betätigt werden muss, um einen Notausgang zu entriegeln. Bildend ist vielmehr, das Verhältnis des einzelnen zur Welt und zu den Menschen um sich selbst herum zu reflektieren und sinnstiftend zu klären (Klafki, 2007). In Bezug auf den Bevölkerungsschutz schließt Bildung daher eine tiefe Nachdenklichkeit über die Verletzlichkeit und Begrenztheit der menschlichen Existenz, über die aus Überzeugung zu verteidigenden Werte sowie die Ursachen von Konflikten und Bedrohungen unbedingt mit ein.

Ausschließlich „belehrende“ Kursformate zur klassischen Vermittlung von Selbsthilfeeinheiten sind aus diesem Grund längst obsolet: Sie stellen allenfalls eine Verballhornung dessen dar, was Bevölkerungsschutzbildung eigentlich sein sollte, könnte und müsste. Wünschenswert wäre vielmehr, das übergeordnete Bildungsziel einer „bevölkerungsschutzbezogenen Mündigkeit“ (Karutz & Mitschke, 2018a) zu verfolgen. Dies würde zunächst einmal beinhalten, die Welt als einen unruhigen, veränderlichen und potenziell unsicheren Ort mit ihren Ressourcen und Möglichkeiten, aber eben auch mit den gegebenen Bedrohungen, Risiken und Gefahren *verständlich* zu machen.

Zugleich müsste es darum gehen, Menschen zu einem gelingenden Leben in eben *dieser* Welt zu ermutigen und zu befähigen (Kaiser, 2007). Dazu gehört wiederum, mit persönlichem Scheitern, Widrigkeiten und Belastendem adäquat umzugehen sowie Unabänderliches auszuhalten bzw. überwinden zu können. Eingeschlossen sein sollte ferner unbedingt auch, vermeintlich Alternativloses infrage zu stellen, kritisch reflektieren und sich *konstruktiv* an Konflikt- und Problemlösungen beteiligen zu können.

In diesem Sinne steht bereits die Vorstellung eines *homo calamitatem comprehendens* im Raum (Karutz & Mitschke, 2018b) – eines Menschen, der Krisen, Kriege und Katastrophen als Teil seiner Lebenswirklichkeit erkennt und der sich mit ihnen verstehend und aktiv auseinandersetzt. Es geht also nicht nur darum, einzelne Kompetenzen zu vermitteln und zu fördern, sondern *umfassend* für den Bevölkerungsschutz zu *bilden*.

Bildungswesen und Bevölkerungsschutz

Dem an dieser Stelle nur grob skizzierten Bildungsverständnis sollte in Erziehungs- und Bildungsprozessen der erforderliche Raum gegeben werden – in Familien, Kindertagesstätten, in der schulischen Bildung und in der beruflichen Bildung ebenso wie in der weiteren Erwachsenenbildung. Insbesondere Schulen könnten und müssten eigentlich Orte sein, an denen Resilienz gefördert werden würde – wäre das Bildungswesen nicht in dem Zustand, in dem es gerade ist.

In Kindertagesstätten und Schulen gibt es einen massiven Fachkräftemangel (Leibniz-Forschungsnetzwerk Bildungspotenziale, 2024). Viele derjenigen, die im Bildungswesen tätig sind, klagen über eine hohe Belastung, überbordende Bürokratie mit hoch komplexen administrativen Regelungen und sind mit ihrer beruflichen Situation unzufrieden. Ein nicht unerheblicher Teil der Lehrkräfte arbeitet nicht mehr in Vollzeit oder geht vorzeitig in den Ruhestand. Psychische Erkrankungen treten bei Lehrkräften häufiger auf als bei anderen Berufsgruppen. Auch zahlreiche Schulgebäude befinden sich in einem maroden Zustand; die digitale Infrastruktur ist oftmals unzureichend (Robert-Bosch-Stiftung o. J.). Insgesamt ist das Bildungswesen – wie man es in der Coronavirus-Pandemie deutlich erkennen konnte – selbst nicht krisenfest.

Besonders problematisch ist dabei, dass viele junge Menschen sich in ihren Schulen unwohl und nicht sicher fühlen; das Erleben von Gewalttätigkeiten, Mobbing und Leistungsdruck scheint hier eine besondere Rolle zu spielen (Andresen & Möller, 2019). Auch dies ist für den Bevölkerungsschutz in hohem

Maße relevant, zumal gilt, dass an einem Ort, der als unsicher erlebt wird, zweifellos auch keine Sicherheit vermittelt werden kann.

Genau an dieser Stelle kann an die einführenden Ausführungen zur psychischen Gesundheit angeknüpft werden: Wer sich nicht wohl fühlt, psychisch deutlich belastet ist – oder schlimmer noch: bereits an einer krankheitswertigen psychischen Störung leidet, kann nur mit Einschränkungen und unter erschwerten Bedingungen lernen (Lichtinger, 2023) – und damit erst recht nicht die Kompetenzen entwickeln, die in Zeiten einer Krise, einer Katastrophe oder in einem Krieg erforderlich sind. Nachhaltig wirksame Lernleistungen setzen ausreichende (psychische) Gesundheit voraus, und umgekehrt geht psychische Gesundheit – auch – mit (Gesundheits-) Bildung einher. Hier besteht also besonders dringender Handlungsbedarf: Längst wird von Fachkolleginnen und -kollegen (Lesch & Zierer, 2024) auch in diesem Bereich eine „Zeitenwende“ angemahnt.

Zunächst einmal werden *Strategien gegen den Fachkräftemangel* benötigt. Im Bildungswesen werden nicht vorrangig digitale Endgeräte, sondern resiliente *Menschen* gebraucht, die v. a. professionelle Beziehungen gestalten und Heranwachsende genau dadurch pädagogisch begleiten und stärken können. Darüber hinaus muss es um den *Aufbau hilfreicher Ressourcen* und den parallelen *Abbau von Bildungsbürokratie* gehen; um die Förderung des Wohlbefindens aller Beteiligten – und wiederum: Um die Förderung der Gesundheit eines jeden Einzelnen. Dies kann aber nicht mit und in einem Bildungswesen gelingen, in dem Unterrichtsausfälle an der Tagesordnung sind, in dem kaum flexibel reagiert werden kann und in dem mitunter schon die Bewältigung mehr oder weniger alltäglicher Notfall- und Krisensituation nur eingeschränkt gelingt.

Um das Bildungswesen für den Aufbau gesellschaftlicher Resilienz nutzen zu können, muss also mehr getan werden als bisher. Und dass sowohl „Bildung“ als solches wie auch das Bildungswesen insgesamt im Bevölkerungsschutz derzeit eine eher untergeordnete Rolle spielt, ist definitiv bedauerlich.

Kritische Reflexion

Selbstverständlich muss Bevölkerungsschutzbildung ethisch reflektiert und pädagogisch verantwortet werden, um nicht etwa als „Kriegsvorbereitung“ missverstanden zu werden oder lediglich Bedrohungsgefühle und Ängste zu schüren.

Vor allem aber müssen einige grundsätzliche Probleme überwunden werden, wenn die hier ausgeführten Überlegungen überhaupt eine Realisierungschance haben sollen. Unter anderem gibt es eine Zuständigkeits- und Kompetenzproblematik an den Schnittstellen zwischen dem Bildungsressort, dem

Innenressort sowie dem Sozial- und Gesundheitsressort: Diese suboptimal gestalteten Schnittstellen mit vielen administrativen Hürden, vor allem aber auch divergierenden Interessen, Zielsetzungen und Handlungslogiken dürften eine wesentliche Ursache dafür sein, dass Bevölkerungsschutz bislang eben nicht flächendeckend und erst recht nicht nachhaltig als Bildungsthema etabliert werden konnte.

Darüber hinaus fehlt auch einfach der politische Wille. Immer wieder gibt es ermüdende Diskussionen darüber, ob und inwiefern Bevölkerungsschutz, Zivilschutz und Zivile Verteidigung ein Thema in Schulen sein könnten und sein sollten (Karutz, 2024). Wenn die Fähigkeit zur Zivilen Verteidigung explizit gewünscht und eingefordert wird, können entsprechende Bildungsbemühungen aber doch nicht ernsthaft infrage gestellt werden?

Offene Forschungsfragen

Aus dem dargestellten lassen sich einige Aufgaben für weitere *Forschung* im Bevölkerungsschutz ableiten: Die übergeordnete Fragestellung lautet: *Wie kann welche Bildung dazu beitragen, dass Menschen mit Bedrohungen, Risiken und Unsicherheiten – und eben auch mit „Krieg“ – in angemessener Weise umgehen können?* Davon lassen sich diverse bildungstheoretische, bildungsorganisatorische, curriculare und methodische Fragen ableiten, die allesamt bislang unbeantwortet sind. Exemplarisch sollen an dieser Stelle lediglich drei angesprochen werden:

- Wie kann Bevölkerungsschutz als ein zentrales Bildungsthema verstanden und – auch unter erkennbar ungünstigen Rahmenbedingungen – in das Bildungswesen integriert werden? Multiplikator- bzw. Change-Agent-Konzepte, der Setting-Ansatz sowie die Förderung informeller Lernprozesse sollten sicherlich eine weitere Verbreitung finden als bisher (Goersch & Werner, 2011; Beerlage, 2018). Aber auch das neue Gesetz zur Förderung von Ganztagschulen könnte interessante Chancen eröffnen, die wissenschaftlich in den Blick genommen werden sollten.
- Wie kann die systemische und organisationale Resilienz von Bildungseinrichtungen gestärkt werden? Wie kann das Bildungswesen krisenfest so gestaltet werden, dass es auch und gerade in Krisen-, Kriegs- und Katastrophenzeiten zuverlässig funktioniert – und dass nicht nur Bildung im Allgemeinen weiterhin *möglich* ist, sondern Bildung sogar eine bedeutsame *Ressource* für den Bevölkerungsschutz darstellen kann (Karutz et al., 2022)?

- Nicht zuletzt muss untersucht werden, wie die tatsächlichen *Effekte* von Bevölkerungsschutzbildung gemessen und sichtbar gemacht werden können. Forschung zu einer spezifischen „disaster education“ hat in Deutschland gerade erst begonnen, und ein wichtiges Anliegen zukünftiger Studien wird in der Aufklärung von Wirkmechanismen bzw. in der Evaluation dessen liegen, was im Einzelnen als Bevölkerungsschutzbildung bezeichnet wird.

Fazit

Die aufgezeigten Zusammenhänge sind interdependent und komplex: Resilienz setzt psychische Gesundheit und Stabilität voraus. Bildung trägt wiederum zur Gesundheitsförderung bei. Darüber hinaus werden in Bildungsprozessen weitere Kompetenzen vermittelt, die für die Bewältigung von Unglücken, Krisen und Katastrophen erforderlich sind. Dies kann letztlich aber nur gelingen, wenn Menschen psychisch gesund und stabil sind – und so schließt sich der Kreis: Bevölkerungsschutzbildung muss in einem Zusammenhang mit der Förderung psychischer Gesundheit gedacht werden. Zugleich müssen die systemischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass eine *gesundheitsförderliche Bevölkerungsschutzbildung* überhaupt erst möglich ist. Solange an einer Nationalen Resilienzstrategie gearbeitet wird, während das Bildungswesen weder selbst resilient ist noch resilienzfördernd wirken kann, wird stets „der zweite Schritt vor dem ersten“ gemacht. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass *psychische Gesundheit und Bildung* wesentliche, einander wechselseitig bedingende und zukunftssichernde Fundamente einer krisenfesten, resilienten Gesellschaft darstellen. *Diese* Fundamente verdienen eine stärkere Beachtung als bisher.

Literatur

- Andresen, S. & Möller, R. (2019). *Children's Worlds+. Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/childrens-worlds-2>.
- Beerlage, I. (2018). Der Setting-Ansatz in der Bevölkerungsschutzbildung. *Bevölkerungsschutz* 4, 8–12.
- Beerlage, I., Arndt, D., Hering, T. & Springer, S. (2020). Der Einzug gesundheitswissenschaftlicher Perspektiven in der PSNV. In H. Karutz & V. Blank-Gorki (Hrsg.), *Wege zur Psychosozialen Notfallversorgung: Begegnungen, Erfahrungen, Erinnerungen* (S. 150–169). Edewecht, Stumpf & Kossendey.

- Brewin, C. R., Andrews, B. & Valentine, J. D. (2000). Meta-Analysis of Risk Factors for Posttraumatic Stress Disorder in Trauma-Exposed Adults. *Journal of Consulting and Clinical Psychology* 68(5), 748–766.
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) (Hrsg.) (2012). *Psychosoziale Notfallversorgung: Qualitätsstandards und Leitlinien. Teil I und II.2.* Aufl., Praxis im Bevölkerungsschutz Bd. 7. Bonn, Eigenverlag.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat. (2022). *Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen.* https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Sendai-Katrima/deutsche-strategie-resilienz-lang_download.pdf?__blob=publicationFile&v=6.
- Bundesregierung. (2023). *Interministerielle Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“.* <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/214866/b2bb16239600b9e257c31db91d872129/ima-abschlussbericht-gesundheitliche-auswirkungen-auf-kinder-und-jugendliche-durch-corona-data.pdf>.
- Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK). (2024). *PsychReport 2024. Entwicklungen der psychischen Erkrankungen im Job.* <https://caas.content.dak.de/caas/v1/media/57370/data/0114eed547a91f626b09d8265310d1e5/dak-psychreport-ergebnispraesentation.pdf>.
- Frick, V., Gossen, M. & Holzhauser, B. (2022). *Junge Menschen in der Klimakrise. Eine Untersuchung zu emotionaler Belastung, Bewältigungsstrategien und Unterstützungsangeboten im Kontext von Klimawandel und Umweltproblemen in der Studie „Zukunft? Jugend fragen! 2021“.* Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt.
- Goersch, H. G. & Werner, U. (2011). *Empirische Untersuchung der Realisierbarkeit von Maßnahmen zur Erhöhung der Selbstschutzzähigkeit der Bevölkerung.* Forschung im Bevölkerungsschutz Band 15. Bonn, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.
- Kaiser, A. (2007). *Menschenbildung in Katastrophenzeiten.* Baltmannsweiler, Schneider-Verlag Hohengehren.
- Karutz, H. (2024). Bevölkerungsschutz an Schulen? Eine Einordnung der aktuellen Diskussion. *Notfallvorsorge* 55(2), 13–21.
- Karutz, H. & Mitschke, T. (2018a). Grundzüge und Handlungsfelder der Bevölkerungsschutzpädagogik. *Notfallvorsorge* 49(1), 4–13.
- Karutz, H. & Mitschke, T. (2018b). Pädagogik und Bildungsverständnis im Bevölkerungsschutz. *Bevölkerungsschutz* 4, 2–7.
- Karutz, H., Posingies, C. & Dülks, J. (2022). Das Bildungswesen in Deutschland – eine Ressource für die Krisenbewältigung? *Bevölkerungsschutz* 3, 7–10.
- Klafki, W. (2007). *Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik: Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik.* 6. Aufl., Weinheim, Beltz.
- Lacher, S., Rohs, M., Großmann, J. & Fliegenger, L. (2025). Wissen, Vorräte, Kompetenzen: Wie gut ist die Bevölkerung auf Katastrophen vorbereitet? *Bevölkerungsschutz* 1, 30–33.
- Leibniz-Forschungsnetzwerk Bildungspotenziale. (2024). *Positionspapier zum Bildungspolitischen Forum 2024 des Leibniz-Forschungsnetzwerks Bildungspotenziale (LERN) zum Thema „Fachkräftemangel in der Bildung: Chancen und Perspektiven“.* https://www.leibniz-bildung.de/wp-content/uploads/2021/07/BPF24_Positionspapier.pdf.

- Lesch, H. & Zierer, K. (2024). *Gute Bildung sieht anders aus. Welche Schulen unsere Kinder jetzt brauchen*. München, Penguin.
- Lewalter, D., Diedrich, J. & Goldhammer, F. et al. (Hrsg.) (2023). *PISA 2022. Analyse der Bildungsergebnisse in Deutschland*. Münster, Waxmann.
- Lichtinger, U. (2023). *Positive Bildung. Wohlbefinden und Leistung in der Schule*. Wiesbaden, Springer VS.
- Ravens-Sieberer, U., Kaman, A. & Devine, J. et al. (2023). Die COVID-19-Pandemie – Wie hat sie die Kinderpsyche beeinflusst? *Monatsschrift Kinderheilkunde* 171(7), 608–614.
- Robert-Bosch-Stiftung (Hrsg.) (o. J.). *Das deutsche Schulbarometer. Übersicht aller Befragungen*. <https://deutsches-schulportal.de/deutsches-schulbarometer>.
- Schnetzer, S., Hampel, K. & Hurrelmann, K. (2024). *Trendstudie Jugend in Deutschland 2024. Verantwortung für die Zukunft? Ja, Aber*. Kempten, Datajockey Verlag.
- Voss, M. (2021). *Zustand und Zukunft des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Lessons to learn*. KFS Working Paper Nr. 20 (Version 2). Berlin, Katastrophenforschungsstelle.
- World Health Organization (WHO). (2018). *Health literacy. The solid facts*. http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0008/190655/e96854.pdf?ua=1.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die nicht-kommerzielle Nutzung, Vervielfältigung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die Lizenz gibt Ihnen nicht das Recht, bearbeitete oder sonst wie umgestaltete Fassungen dieses Werkes zu verbreiten oder öffentlich wiederzugeben.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist auch für die oben aufgeführten nicht-kommerziellen Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

